

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Überstunden - Kanzlerrunde - Öffentlicher Dienst - Autobahngebühr - Asiatische Schwellenländer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1997) : Kurz kommentiert: Überstunden - Kanzlerrunde - Öffentlicher Dienst - Autobahngebühr - Asiatische Schwellenländer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137424>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überstunden Einfache Berechnungen

Die Befürchtung, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter die 4-Millionen-Grenze deutlich überschreiten werde, hat sich infolge des frühen Wintereinbruchs rascher als vielfach erwartet bewahrheitet: Bereits im Dezember 1996 waren 4,148 Mill. Menschen in Deutschland als arbeitslos registriert. Dies hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit zum Anlaß genommen, erneut einen Abbau der Überstunden zu fordern. Unterstützung fand er bei den Gewerkschaften, die ebenfalls die Leistung von 2 Mrd. Überstunden im Jahre 1995 und wahrscheinlich auch 1996 bei hoher Arbeitslosigkeit als unerträglich empfinden. Sie gehen davon aus, daß bei einem Abbau von gut einem Drittel der Überstunden mehrere hunderttausend Arbeitslose eine Beschäftigung fänden.

Vor derartigen einfachen Berechnungen ist allerdings zu warnen, denn der Einwand der Arbeitgeber, daß Überstunden aufgrund von nicht vorhersehbaren Ereignissen anfallen, ist sicherlich berechtigt. Auch reicht – gerade in kleinen Betrieben – der Fortfall der einen oder anderen Überstunde bei einzelnen Mitarbeitern noch nicht aus, einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen. Pauschal einen Abbau von Überstunden zu verlangen, ist in der gegenwärtigen Situation zu wenig. So hat denn auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit zu Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland bei der Teilzeitarbeit im internationalen Vergleich hinterherhinkt, und einen Ausbau der „Mobilzeit“ verlangt. Hinsichtlich der Überstunden gilt es zu hinterfragen, warum Unternehmen der nicht eben billigen Lösung der Überstunden den Vorzug vor der Einstellung neuer Mitarbeiter geben. Unkenntnis der bestehenden Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung und noch zu rigide Arbeitszeitregelungen spielen hierbei sicher eine Rolle. An dieser Stelle gilt es anzusetzen. dw

Kanzlerrunde Handlungsbedarf für den Staat

Trotz der gescheiterten Gespräche zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Bundesregierung im letzten Jahr hat die bedrohliche Situation auf dem Arbeitsmarkt dazu geführt, daß die Tarifpartner ihre Bereitschaft zu einer weiteren Kanzlerrunde signalisiert haben. Zwar haben die Gewerkschaften auf

grund der Erfahrungen im vergangenen Jahr ihre Teilnahme von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Änderungen in den Gesetzen über die Lohnfortzahlung und den vereinfachten Kündigungsschutz zurückgenommen werden. Doch dürften sie letztlich auch bedingungslos an den Gesprächstisch zurückkehren. Zum Erfolg können solche Veranstaltungen nämlich nur führen, wenn bei allen Beteiligten die Bereitschaft vorhanden ist, eigene Positionen hintanzustellen.

Der in letzter Zeit sowohl von Gewerkschaften als auch von Arbeitgebern vertretene Standpunkt, daß der Faktor Arbeit entlastet werden müsse und daß letztlich nicht die Löhne, sondern die tariflichen und gesetzlichen Lohnzusatzkosten in Deutschland im internationalen Vergleich zu hoch seien, bietet sich als Thema für eine Kanzlerrunde geradezu an. Während sich die Tarifparteien im vergangenen Jahr durchaus bemüht haben, durch moderate Lohnsteigerungen der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung Rechnung zu tragen, sind die vom Staat „verursachten“ Lohnnebenkosten weiter deutlich gestiegen. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten deshalb gemeinsam auf die Einlösung des Versprechens drängen, den Beitrag zu den Sozialversicherungen auf unter 40% zu senken, statt ihn auf fast 42% in diesem Jahr zu steigern. Die Tarifparteien selbst sollten den eingeschlagenen Weg weitergehen. wi

Öffentlicher Dienst Teilzeitarbeit für Beamte?

Eine Einigung über die Reform des Dienstrechts für Beamte ist bisher an der von der Bundesregierung abgelehnten Forderung der SPD-regierten Bundesländer gescheitert, Berufsanfänger nur noch als Teilzeitbeamte einzustellen. Eine „Einstiegsteilzeit“ wird von der Bundesregierung und den Koalitionspartnern ebenso wie vom Beamtenbund als „Zwangsteilzeit“ abgelehnt.

Die Befürworter einer solchen Regelung begründen sie mit ihrer beschäftigungsfördernden Wirkung, weisen aber auch auf den Zwang zum Sparen hin. Man kann mit dieser Maßnahme jedoch nicht gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten erhöhen und Einsparungen bei den Personalkosten erzielen, da beide Effekte sich gegenseitig ausschließen. Soll die Zahl der Beschäftigten steigen, müssen vorhandene, neu zu besetzende Vollzeitstellen so aufgeteilt werden, daß mehr Teilzeitstellen entstehen. Personalkosteneinsparungen können so allerdings nicht erzielt werden,

da die Gesamtzahl der Stellen, umgerechnet auf Vollzeitäquivalente, konstant bleibt. Bei den Arbeitsplatzkosten ist sogar mit einer Erhöhung zu rechnen, da wahrscheinlich neue Arbeitsplätze eingerichtet werden müssen. Schließlich ist noch zu bedenken, daß für die auf Teilzeitstellen beschäftigten Berufsanfänger nach einer gewissen Zeit Vollzeitstellen verfügbar sein müssen, wenn die Einstiegsteilzeit nicht zur Dauerteilzeit werden soll. Eine solche Aussicht hätte sicher auch negative Auswirkungen auf die Qualität der Bewerber.

Ein Spareffekt könnte nur dann erzielt werden, wenn Vollzeitstellen nicht aufgeteilt, sondern, eventuell auch nur auf Zeit, in Teilzeitstellen umgewandelt würden. Dann würde jedoch keine zusätzliche Beschäftigung geschaffen. Statt dessen würde die staatliche Aufgabenerfüllung eingeschränkt, sofern das nicht durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität aufgefangen werden kann. wei

Autobahngebühr Frage der Gerechtigkeit?

Die Diskussion um die Einführung von Autobahngebühren in Deutschland ist erneut in Gang gekommen, nachdem in Österreich seit Jahresanfang eine zusätzliche Schnellstraßenmautpflicht eingeführt wurde. Die Ministerpräsidenten von Bayern und Baden-Württemberg befürworten nun auch eine deutsche Autobahngebühr und empfinden es als eine Frage der Gerechtigkeit, daß auch die ausländischen Pkw-Fahrer an den Kosten des deutschen Netzes beteiligt werden, wenn sie es benutzen. Die zusätzlichen Kosten für die deutschen Autofahrer sollten dann durch eine entsprechende Senkung der Kraftfahrzeugsteuer ausgeglichen werden.

Eine Autobahngebühr, wie sie hier gefordert wird, bietet jedoch wenig Vorteile. Anders als beim Lkw-Verkehr, wo bereits 1995 eine Gebühr für in- und ausländische Lkw eingeführt wurde, wird das deutsche Straßennetz im Pkw-Bereich überwiegend von deutschen Fahrzeugen benutzt, so daß durch eine derartige Maßnahme kaum höhere öffentliche Einnahmen zu erwarten wären.

Auch wenn nicht der Finanzierungsaspekt von Straßenbenutzungsgebühren betrachtet wird, sondern der der Verkehrssteuerung, würde eine pauschale Jahresvignette keine Vorteile bieten, weil die Gebühr weder auf die tatsächliche Straßennutzung noch auf den Umweltverbrauch abstellt. Hier wäre es sinnvoll, wenn eine Gebühr erhoben würde, die von der

Häufigkeit und Intensität der jeweiligen Nutzung der Straßen abhängig ist. Versuche in dieser Richtung wurden bereits durchgeführt; dabei wurde eine streckenbezogene und elektronisch erhobene Mautgebühr getestet. Allerdings stehen deren Einführung noch erhebliche technische Mängel und datenschutzrechtliche Bedenken entgegen. Es wäre besser, diese Mängel zu beseitigen, statt mit scheinbaren Gerechtigkeitsargumenten die Staatskasse füllen zu wollen. cw

Asiatische Schwellenländer Ende des Wirtschaftswunders?

Die Wirtschaftsdynamik der asiatischen Wirtschaftswunderländer läßt nach. Steigende Arbeitskosten und Aufwertungsdruck beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit in den führenden Tigerstaaten. Ihre Exporte – Stütze des Booms – lahmen und können die hohe Importnachfrage immer weniger finanzieren. Die Auslandsverschuldung steigt, die Inflation nimmt zu. Firmenzusammenbrüche, Börsenschwäche und nun auch spektakuläre Meldungen über soziale und politische Unruhen wie in Korea verdüstern das Bild. Handelt es sich nur um eine vorübergehende Wachstumsschwäche oder bereits um das Ende des asiatischen Jahrhunderts, noch bevor es begonnen hat?

Die asiatische Dynamik war in der Vergangenheit das Ergebnis eines flexiblen, anpassungsfähigen politisch-ökonomischen Managements sowie der Motivation und des Fleißes der Bevölkerung. Der quantitativen Mobilisierung von Arbeit und Kapital muß nun ihre Qualifizierung folgen. Da die führenden Tiger ihren Lohnkostenvorteil zunehmend an die Schwellenländer der zweiten und dritten Generation verlieren, ist ein Strukturwandel mit all seinen ökonomischen, technologischen, politischen und sozialen Implikationen erforderlich. Notwendig sind insbesondere verstärkte Anstrengungen auf den Gebieten Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Darüber hinaus müssen Infrastrukturengpässe überwunden und die Belastbarkeit der Umwelt stärker beachtet werden.

Große Bedeutung kommt ferner weiteren ökonomischen und politischen Deregulierungen zu. In Ländern wie Südkorea muß der gesellschaftliche Grundkonsens wiederhergestellt werden. Das verlangt einerseits eine Bereinigung wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen, andererseits die Einräumung größerer wirtschaftlicher und politischer Grundrechte. Trotz dieser Herausforderungen dürften die asiatischen Erfolgsländer von anderen Regionen auch in Zukunft um ihre Dynamik beneidet werden. bo